



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Ferien. — Die Kritik der Reichsversicherungsordnung. — Die Berliner Zahlstellen unseres Verbandes im Jahre 1908. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen (Frankfurt a. M., Stuttgart). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

**Beilage:** Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908. — Korrespondenzen (Berlin, Danzig, Darmstadt, Hannover, Regensburg). — Rundschau.

## Ferien.

Pfingsten ist vorüber, die heiße Jahreszeit beginnt. Jeder, der es irgend ermöglichen kann, schüttelt den Staub der Stadtstraßen von seinen Füßen, wandert hinaus aufs Land, in die freie Natur, um in wüßiger Waldbesluft, am Strande des Meeres, in den Tälern und auf den Höhen des Gebirges oder an irgend einem anderen schönen Plätzchen unserer Mutter Erde Erholung und neue Kraft zu suchen für das Hasten und Sorgen des Erwerbslebens.

Jeder, der tagaus, tagein schafft in harter, Geist und Körper aufreibenden Arbeit, der seine Nerven und Muskeln zermüht im Kampfe um die Existenz, hat unbedingt ein Anrecht auf einige Tage oder Wochen der Ruhe im ganzen langen Arbeitsjahr. Er braucht sie unbedingt zur Gefundung seiner Nerven, seiner Lungen und seines ganzen Körpers, zur Erneuerung seiner physischen und geistigen Kräfte. Wenn er sich nicht vorzeitig aufbrauchen und zu seiner Erwerbsarbeit unfähig machen will, muß er alljährlich einige Zeit ausspannen und sich freimachen von allem, was mit seinem Berufsleben zusammenhängt.

Er muß! Aber leider ist die Zahl derer, die dieser Notwendigkeit, dieser Pflicht gegen sich selbst und gegen ihre Angehörigen gerecht werden können, noch sehr gering. Wer die Ruhe und Erholung gerade am nötigsten brauchte und das größte Anrecht darauf hätte, hat die Möglichkeit zur Ansammlung neuer Kräfte durch einige Tage oder Wochen des Ausspannens nicht! Der Unternehmer, der nicht nur aus seiner eigenen Arbeit, sondern hauptsächlich aus dem durch „seine“ Arbeiter erzeugten Mehrwert seines Erwerbs zieht, kann sich in den weitaus meisten Fällen alljährlich eine — selten knapp bemessene — Erholungszeit gönnen; sein Betrieb geht ja weiter auch ohne ihn, und „seine“ Angestellten und Arbeiter sorgen durch ihre Arbeit dafür, daß die Einnahmequellen ihres „Brotherrn“ nicht stocken, während er selbst der süßen Ruhe pflegt. Und der reiche Nichtstuer, der nur sein Geld „arbeiten“ läßt, und den aus der Arbeit Anderer gepreßten Ertrag, dessen Pressung er übrigens auch wieder noch durch Andere besorgen läßt — in Form von fetten Dividenden oder Zinsen schöpft, hat eigentlich das ganze Jahr Ferien! Er benutzt die Sommerzeit nicht zur Erneuerung oder Auffrischung seiner durch die Arbeit, sondern durch sein faules Schlemmerleben verlorenen Kräfte und Säfte. Nur der Arbeiter, der anderen die Zeit der Ruhe und Erholung möglich macht, ist jahraus, jahrein ins Noch gespannt, an die dumpfe Fabrik

geschmiedet, wenn er nicht Hunger leiden will. Er hätte einige Tage oder Wochen, die ganz und gar ihm gehören, am nötigsten! Er hätte sie sich am rechtlichsten verdient. Aber ihm gewährt man sie nicht!

Pardon! Man gewährt sie ihm! Die ungeheuren Ziffern über die Arbeitslosigkeit liefern den Beweis. Wenn der Absatz stockt und die Produktion eingeschränkt wird, setzt man ihn auf die Straße. Wenn er seine und seiner Mitarbeiter Interessen dem Unternehmer gegenüber tatkräftig vertritt, wird er gemäßigelt. Wenn sich ein jüngerer der Arbeitsbrüder aus der großen industriellen Reservearmee dem Unternehmer verkauft um einen Lohn, der unter dem seinen steht, fliegt er. Wenn er sich im Dienste des Kapitals aufgerieben hat und krank und elend wurde, wird er abgehoben. Wenn er alt und grau geworden ist und seine Kräfte, die er vielleicht ein Menschenalter hindurch für den Betrieb und zur Vereicherung seines Inhabers aufgebraucht hat, nachlassen, setzt ihm zum Dank der Sprößling dieses Inhabers den Stuhl vor die Türe. Das sind die Ferien, die man dem Arbeiter gewährt. Mit Sorge, Not und Elend sind sie gepaart. Der Ruhe und Erholung dienen sie nicht!

Aber es gibt auch da und dort einen einsichtigen Unternehmer, der dem berechtigten Anspruch der Arbeiter auf Ferien Rechnung trägt. In erster Linie gilt das für das Buchdruckgewerbe. Das Gehilfenorgan der Buchdrucker, der „Korrespondent“, kann fast in jeder Kummer einige Betriebe nennen, die dem Personal Ferien mit voller, teilweise auch mit doppelter Bezahlung gewähren. Sie schenken nichts weg dabei; denn die Arbeiter haben im Laufe des Arbeitsjahres den Betrag vielfältig eingebracht. Nach einer im Buchdruckerverband vor 2 Jahren aufgenommenen Statistik gewähren 5 pCt. aller Buchdruckereien Ferien, die ungefähr einem Fünftel der Gehilfenschaft zugute kamen. Inzwischen dürfte sich das Verhältnis noch günstiger gestaltet haben. Wenn man den Widerstand des Unternehmertums im allgemeinen gegen die Bewilligung einer Ferienzeit unter Fortzahlung des Lohnes in Betracht zieht, ist dieses meist freiwillige Entgegenkommen jener Buchdruckunternehmer immerhin anzuerkennen.

Dieser Widerstand des Unternehmertums gegen die Ferienbewilligung ist übrigens auch vom Unternehmerstandpunkt aus durch nichts gerechtfertigt. Interessant sind die Urteile, die die staatlichen Aufsichtsbeamten über die Feriengewährung fällen, der sie, wahrscheinlich auf Grund einer generellen Instruktion, in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen. Hervorgehoben sei nur der Bericht über den Landespolizeibezirk Berlin, der über die Frage folgende Ausführungen enthält:

„Die Erfolge der Beurteilungen scheinen den Erwartungen vollaus entsprachen zu haben. Die, wenn auch oft nur kurze Unterbrechung der unter eigenartigen Verhältnissen sich abspielenden großstädtischen Arbeitsweise übt auch auf den Arbeiter einen heilsamen Einfluß aus. Neben der

gesundheitlichen Stärkung ist die geistige Auffrischung nicht hoch genug anzuschlagen. Das Leben unter veränderten Verhältnissen und der Verkehr mit anderen Menschen frischen die geistige Spannkraft auf und heben die Schaffensfreudigkeit. Nach Rückkehr vom Urlaub sind die Arbeiter nach den Befindungen der Arbeitgeber nicht nur leistungsfähiger, sondern auch geistig reger und gehen ihrem Berufe freudiger nach. Ferner ist beobachtet worden, daß in denjenigen Betrieben, die ihren Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewähren, der Arbeiterwechsel merklich nachgelassen hat. Auch scheinen die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber dadurch günstig beeinflusst zu werden. Die bisherigen guten Erfahrungen, die mit der Urlaubsbewilligung gemacht worden sind, lassen hoffen, daß die erst in den Anfängen befindliche, immerhin schon über das Versuchsstadium hinausgelangte Bewegung weiter fortschreiten und sich auf alle Industriezweige ausdehnen wird.“

Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß sich die Kräfteerneuerung durch die Ferien infolge der Erhöhung der Leistungsfähigkeit auch für den Unternehmer rentierte. Das sollten sich alle diejenigen merken, die zwar für sich eine Erholungszeit in jedem Jahre beanspruchen, der gleichen Forderung aus den Reihen der Arbeiter aber den härtesten Widerstand entgegensetzen.

Durch diesen Widerstand sollten sich allerdings die Arbeiter in keiner Weise davon abhalten lassen, ihr Recht auch in bezug auf eine Ruhepause im Jahre unter Fortzahlung des Lohnes immer und immer wieder zu fordern. Aber nicht nur für die Arbeitsgenossen, die 3, 5 oder gar 10 Jahre in einem Betriebe beschäftigt waren, also gewissermaßen als Prämie für „langjährige, treue geleistete Dienste“, sondern für jeden, der in aufreibender Arbeit im Dienste des Kapitals seinen Geist und seinen Körper zermüht. Was im Buchdruckgewerbe möglich ist, sollte auch in jedem anderen Gewerbe möglich sein. Die Gewerkschaften haben sich hauptsächlich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Aufgabe gemacht. Dazu gehört auch die Wirksamkeit für die Anerkennung einer den Arbeitern alljährlich zu gewährenden Erholungszeit unter Fortzahlung des Lohnes. Wenn die Gewerkschaften neben ihrer Arbeit für die Verbesserung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne usw. auch dieser Sache erhöhte Aufmerksamkeit widmen wollten, dann würden sie ihrem Wirken im Dienste der Arbeiterklasse, zur Hebung der Volksgesundheit und zur Förderung der Kultur ein neues ergiebiges Betätigungsfeld geschaffen haben. ph.

## Die Kritik der Reichsversicherungsordnung.

Nicht weniger als drei verschiedene Tagungen haben in diesen Tagen zu dem Regierungsentwurf Stellung genommen. In erster Linie kamen dort die Hauptbeteiligten, nämlich die versicherten Arbeiter, zu Worte. Eine der imposantesten Kundgebungen, die jemals zu einer sozialpolitischen Frage

veranstaltet worden sind, war der Kongress der Krankenkassen. Nicht weniger als rund 1700 Delegierte vertraten fast 7 Millionen Versicherter. Schon in dieser äußeren Gestaltung kommt die große Bedeutung zum Ausdruck, die die Krankenversicherung erlangt hat, und das Interesse der Arbeiter an ihrer Ausgestaltung — nicht minder aber auch die tiefe Erregung, die der Regierungsentwurf in den Reihen der Rächstbetroffenen erregt hat.

Man hätte den Verhandlungen wohl mit einiger Besorgnis entgegensehen können. Waren doch nicht nur die verschiedensten Kassenarten vertreten, sondern auch die Arbeitgeber hatten der Einladung in großer, selbst ihr Verhältnis in den Kassenverbänden übersteigender Zahl entsprochen. Und die Referenten gehörten den verschiedensten Parteien an. Neben unseren Genossen Fräßdorf, Albert Rohm, Bauer, Gräß waren da die Vorsitzende des Zentralrats der Hirsch-Dundersehen Gewerksvereine, G. Hartmann, der Zentrumsabgeordnete Giesbertz, Amtsgerichtsrat Gahn u. a. Und doch hat der Kongress eine seltene Einmütigkeit befundet. Zwar wichen die Ansichten der einzelnen Debattierenden hinsichtlich der auszustellenden Forderungen oft von einander ab. Aber einmütig waren sie in ihrer Ablehnung der Unzulänglichkeit der Regierungsvorschläge, in dem Verlangen erheblicher Ausgestaltung der Sozialversicherung. Mochten auch einzelne Betriebskassenvertreter den Versuch machen, eine Disharmonie hineinzutragen — vielleicht waren sie von ihren Vorträgern gerade darum nach Berlin geschickt worden — so hob gerade das erst die imponierende Mehrheit hervor, mit der die Beschlüsse gefaßt wurden.

Wollte man zwar mit kritischem Auge die von den Referenten vorgelegten Leitsätze vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus prüfen, so würden manche der aufgestellten Theorien unzulänglich erscheinen. Wurde doch z. B. sogar die Errichtung der besonderen Landkrankenkassen gebilligt. Aber man darf nicht vergessen, daß es sich bei diesen Beschlüssen um Kompromisse gehandelt hat, die notwendig waren, um die Einmütigkeit zu erreichen. Ein Redner betonte auch zutreffend, daß schon die Durchführung der aufgestellten Forderungen einen gewaltigen Fortschritt bedeuten würde und die Aufstellung noch weitergehender derzeit doch nur propagandistische Bedeutung haben könnte.

Ganz besonders erfreulich ist die einhellige Zurückweisung der geplanten Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen. In den Reihen des Rechtsanwalts Mayer-Franckenthal — auch keines „sozialdemokratischen Hebers“ — über die Krankenversicherung wird die Heibehaltung der bisherigen Grundzüge über die Beitragspflicht und der entsprechenden Zusammenfassung der Kassenorgane ausbrücklich gefordert. Nicht ein einziger der Delegierten wandte sich mit einem Worte dagegen. Nur der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Kasper, der schon vorher den vergeblichen Versuch gemacht hatte, die Bedeutung des Kongresses und seine Legitimation als Vertretung der auf wirklicher Selbstverwaltung beruhenden Krankenkassen in Frage zu stellen, mühte sich ab, den Anwesenden die geplante Rechtslosmachung der Arbeiter schmachhaft zu machen. Der starke Widerspruch der Versammlung zeigte ihm die Erfolglosigkeit dieses Bestrebens. Hoffentlich übermittelte er seinen Auftraggebern dieses Ergebnis geschminkt. Auch für die Invaliden- und Unfallversicherung forderte der Kongress eine bedeutende Erweiterung der Mitwirkung der Versicherten, nicht minder auch eine Demokratisierung der Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung. Sämtliche Vertreter der Versicherten wie der Arbeitgeber sollen durch ein einfaches und unmittelbares Wahlverfahren bestellt werden.

Bei dem riesenumfang des behandelten Stoffes — die Reichsversicherungsordnung zählt 1793 Paragraphen! — und der Ausführlichkeit der beschlossenen Resolutionen, die etwa 8 Foliobüchlein einschließen, ist es natürlich unmöglich, hier alle sonstigen Beschlüsse wiederzugeben. Nur das Wichtigste sei hervorgehoben. Gefordert wurde erhebliche Erweiterung und Einheitslichkeit des Kreises der Versicherten. In allen Versicherungszweigen sollen die Personen versichert werden, die in irgend einer abhängigen Stellung nicht über 3000 Mk. Jahresverdienst erzielen. Auch auf den kleinen

Mittelstand: auf Gewerbetreibende, die nicht mehr als 2 Arbeiter regelmäßig beschäftigen, soll die Versicherung ausgedehnt werden; selbstverständlich auch auf alle Hausgewerbetreibenden.

Die Leistungen der Versicherten sollen allgemein ausgebaut werden: Gewährung des Krankengeldes vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an — obligatorische Krankenhauspfllege in den geeigneten Fällen — Schwangerenunterstützung und Begahlung der Hebammendienste als Pflichtleistungsübernahme der ärztlichen Behandlung der Familienglieder der Versicherten-Beginn der Altersrente nach dem 65. Lebensjahr — Erhöhung der Invaliden- und der Altersrenten, Erleichterung des Rentenbezugs, obligatorische Einführung des Heilberfahrens in der Invalidenversicherung, Erhöhung der Vollrenten in der Unfallversicherung auf 75 pSt. des voll zu legenden Jahresarbeitsverdienstes und entsprechende Erhöhung der Hinterbliebenenrenten, Erweiterung des Begriffs des Betriebsunfalls usw.

Hinsichtlich der anzustrebenden Vereinheitlichung der Versicherung fand der Kongress die Vorschläge des Entwurfs durchaus ungenügend, wenn sie auch als Fortschritt gegenüber dem Bestehenden anerkannt wurden. Gänzliche Beseitigung wurde verlangt hinsichtlich der Innungs- und Krankenkassen und derjenigen Betriebsklassen, die nicht mindestens 1000 Versicherte zählen; besondere Ortskrankenkassen für einzelne Berufe sollen neben den allgemeinen nicht mehr gegründet werden dürfen.

Auch in der Veretzfrage wurden wichtige Beschlüsse gefaßt: Den ärztlichen Ehrengerichten soll die Entscheidung über alle Fragen wirtschaftlicher Natur entzogen werden. Für eine Vermehrung der Kassenärzte soll in den Verfügungen der Aufsichtsbehörde jeweils eine angemessene Frist gewährt werden.

Die ganze Fämmerlichkeit der geplanten Witwen- und Waisenversicherung geißelte Gen. Gräß-Frankfurt a. M. in scharf satirischer Rede. Nach den Leitsätzen, die der Kongress auf seinen Vorschlag annahm, soll jeder Witwe eines versicherten Mannes die Witwenrente in Höhe von mindestens 180 Mk., einer invaliden Witwe aber mindestens 360 Mk. zustehen. Eine Hinterrenten soll gleichfalls nicht unter 180 Mk. bemessen werden. Zur Aufbringung der Mittel soll der Staat in erhöhtem Maße herangezogen, aber auch ein Zuschuß der Gemeinden eingeführt werden. Einige Redner, die der Zentrumsparthei angehörten, fanden die Vorschläge Gräßs zu weitgehend. Aber auch sie betonten die Unzulänglichkeit der Regierungsvorschläge.

Die Reichsregierung wird sich der Wucht dieser Beschlüsse der Praktiker nicht entziehen können. Wenn sie diese Forderungen von Millionen Versicherter, denen auch Tausende und Abertausende Unternehmer durch ihre Vertreter zugestimmt haben, geringer achten will als die annähernden Forderungen einer Handvoll großkapitalistischer Scharfmacher, dann beweist sie offensichtlich ihr Vasallenverhältnis zu dieser rückständigsten und eigensüchtigsten Gruppe des Unternehmertums und wird selbst bei den Vertrauenseligsten den Glauben an ihre Neutralität im Kampfe der Interessen verwirkt haben — von ernsthaft sozialreformatorischem Vollen gar nicht zu reden.

In gesonderter Tagung nahmen am 19. Mai zur Vorlage 200 Vertreter der Freien Hilfskassen Stellung. Nach ihrer Erklärung sind die Bedingungen, unter denen bestehende Hilfskassen noch fernerhin als „Ersatzkassen“ sollen zugelassen werden, gleichbedeutend mit ihrer Ausfaltung als vollberechtigte Kassen. Als den wahren Beweggrund für dieses Vorgehen bezeichnete man mit Recht, daß auf diese Weise die Zerstörung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen erst mit Erfolg durchgeführt werden könne. Denn sonst würde den auf ihre Selbstverwaltung Wert legenden Gliedern der Ortskassen in den freien Hilfskassen noch eine Zuzug offenstehen, die auf diese Weise gründlich zu nichte gemacht werden soll. Gegen diese Maßnahmen, die vielleicht zugunsten einheitlicher, wahrhaft vollständig organisierter Zwangskassenorganisation zulässig sein könnten, nicht aber im Interesse der geplanten plutokratisch-bureaucratischen Verwaltungsmaschinerie, protestierte dieser Kongress ganz entschieden.

Schließlich tagten noch am 20. Mai, gleichfalls in statlicher Zahl, die Krankenkassen- und Berufsgenossenschaftsbeamten. Auch sie bezeichneten die geplanten Maßnahmen der Reichsversicherungsordnung als eine Gefährdung ihrer Existenz und ihrer Bewegungsfreiheit. Sollen doch behördlich genehmigte Dienstanweisungen eingeführt werden und dergleichen. Der von mehreren hundert Vertretern besuchte Kongress protestierte gleichfalls gegen diese Pläne.

So haben die Pläne der Regierung den schärfsten Widerstand auf der ganzen Linie hervorgezufen. Ist sie klug, so gibt sie den unglückseligen Versuch der Entrechtung der Arbeiter völlig auf und sucht in den übrigen Fragen den berechtigten Forderungen dieser wesentlich besser zu entsprechen, als die Vorlage es tut. Sie wird sich ja darüber nicht täuschen, daß die Abwehrbewegung mit den abgehaltenen Kongressen nicht etwa ihren Höhepunkt erreicht hat, vielmehr nun erst mit voller Kraft einsetzen wird. Und selbst ein Erfolg auf ihrem Wege, der aber ausgeschlossen erscheint, würde durch die damit verbundene Festigung des Klassenbewußtseins und die Aufspießung der Erbitterung auch der „gutgefünnten“ Arbeiter wohl etwas teurer erkauft sein.

## Die Berliner Bahlstellen unserer Verbandes im Jahre 1908.

In Nr. 9 des Mitteilungsblattes unserer Berliner Ortsverwaltung geben die seit dem 1. Januar d. Js. verschmolzenen drei Berliner Bahlstellen ihre Jahres- und Kassenberichte. Ein Bild ruhiger, gewerkschaftlicher Entwicklung bietet sich dem Leser dar. Nicht jene Ruhe, die an Stagnation grenzt, ist es, welche dem letzten Jahre des Bestehens der gesonderten Verwaltungen ihren Stempel aufdrückt, sondern der durch die Tarifgemeinschaft bedingte Friede im Gewerbe hat größere Kämpfe unnötig gemacht und die Möglichkeit gegeben, den inneren Ausbau der Organisation nach Kräften zu fördern. Und das ist den Berliner Bahlstellen nach jeder Richtung hin gelungen, was umso höher anzuschlagen ist, weil die Folgen des wirtschaftlichen Niederganges, welche sich in einem noch nie dagewesenen Tiefstand der Konjunktur äußerten, die größten Anforderungen an die Unterstützungsrichtungen stellten. Trotzdem gelang es, den Mitgliederbestand in den Bahlstellen I und II nicht nur zu halten, sondern um 295 Mitglieder zu erhöhen und auch die Bilanzen weisen entsprechende Ueberflüsse auf.

Die Bahlstelle I (Hilfsarbeiterinnen) begann das Berichtsjahr mit einem Mitgliederbestand von 1436 und hatte am Ende 1908 1510 Mitglieder, also ein Plus von 74. Der Kassenbestand stieg von 13 245 Mk. auf 14 875,73 Mk., trotzdem die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ganz enorm höher waren wie 1907 und die vorhergegangenen Jahre. Die Arbeitslosenunterstützung betrug 6612,15 Mk. gegen 3278,15 Mk. in 1907. Die Krankenunterstützung belief sich auf 3209 Mk. gegen 2701,85 Mk. Insgesamt betrugen die Einnahmen inkl. Saldo vom Vorjahre 40 359,76 Mk., die Ausgaben 25 484,03 Mk. An die Hauptkasse konnten 7802,10 Mk. abgeführt werden. Der Bericht erwähnt, daß neben der großen Arbeitslosigkeit die Anlageapparaturfrage der Verwaltung viel zu schaffen machte. Es gelang aber in drei großen Betrieben, durch Verhandlungen eine für das Hilfspersonal günstige Lösung zu erzielen. Die inneren Geschäfte wurden in 10 Monatsversammlungen erledigt und mit der Zusammenschlußfrage mußten sich eine Reihe von Kommissions- und Vertrauenspersonen beschäftigen. Auch fanden zu demselben Zweck drei kombinierte Versammlungen statt. Zur Erledigung fristiger Betriebsverhältnisse und zu Agitationszwecken mußten 65 Druckereibesprechungen unter Aufsicht des Vorstandes abgehalten werden.

Der Bericht der Bahlstelle II (Hilfsarbeiter) erstreckt sich nur auf die letzten 8 Monate des Jahres 1908, da im Mai vorigen Jahres der letzte Bericht erschien. Auch er läßt die Furchen deutlich erkennen, welche von den Konjunkturbedingungen gezogen wurden und wenn es der Verwaltung dennoch gelang, den Rückschlag, der von allen Gewerk-

schaften verspürt wurde, glücklich zu variieren, so kann mit Leichtigkeit auf die Fülle von Arbeit geschlossen werden, die geleistet werden mußte. Der Mitgliederbestand stieg von 2281 auf 2562, was ein Mehr von 221 darstellt. Die Einnahmen betragen inkl. Saldo vom Vorjahr 141 530,65 Mk., die Ausgaben 52 324,05 Mk. Der Kassenbestand belief sich am Ende der Berichtsperiode auf 89 206,60 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte die Summe von 5928,10 Mk. Die Krankenunterstützung 4272,15 Mk. An Sterbegelb wurden 765 Mk. ausgegeben.

Durch die bedauerlichen Wirren in Zahlstelle III mußte deren Verwaltung im letzten Quartal von Zahlstelle II mit übernommen werden, was deren Arbeit gerade nicht verringerte. Ebenso mußte die Kasse der Zahlstelle II bei der Sanierung der durch eine gräßliche Mißwirtschaft in der Kassengebahrung heruntergebrachten Zahlstelle III einspringen. Dennoch gelang es nicht, den Rückgang an Mitgliedern in Zahlstelle III, die sich lediglich aus Steinbruderei-Gilfspersonal rekrutierte, aufzuhalten. Derselbe belief sich auf 192. Hoffentlich gelingt es, dank der durch den Zusammenschluß geschaffenen Ordnung und der eingeleiteten systematischen Agitationsarbeit, im laufenden Jahre den Verlust wieder einzubringen und dadurch auch die Verhältnisse in den Berliner Steinbrudbetrieben zu verbessern. Desgleichen ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der nach verschiedenen Versuchen in früheren Jahren nur erfolglos Zusammenschluß allen Berliner Gilfsarbeitern und Arbeiterinnen jene Erfolge bringen wird, die durch den engen Zusammenschluß aller unter einem Schilde allein zu erringen sind.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Konjunkturschwankungen. — Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. — Die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Die Richtung der Konjunkturkurve.**

Wenn es Aufgabe der wirtschaftlichen Berichterstattung ist, die Vorgänge und Zustandsveränderungen in der Warenherstellung, auf dem Arbeits-, Geld- und Warenmarkt sowie auf dem Gebiete des Konsums festzuhalten und in ihrer Wirkung auf den gesamten wirtschaftlichen Organismus zu würdigen, so dürfen in der Arbeiterpresse vor allem die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkte nicht übersehen werden. Denn gerade sie sind für die gewerkschaftliche Aktion von besonders hervorragender Bedeutung. Es ist nicht nur zwecklos, sondern schädlich, Veränderungen, die nun einmal eingetreten sind, nicht zu beachten oder sie gar bestreiten zu wollen. Es ist vom Standpunkte des Arbeiters als des Verkäufers der Ware Arbeitskraft auch falsch, die Lage des Arbeitsmarktes gewissermaßen um jeden Preis trübe zu schildern; keine Ware gewinnt auf dem Markte an Wert, wenn ihre Verkäufer den Schwankungen der Konjunktur mit fatalistischer Reserve gegenüberstehen. Die Arbeiter haben nicht das geringste Interesse daran, daß die Zeichen der Erholung, wie sie sich seit einiger Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete zeigen, übersehen werden, sondern sie wollen möglichst frühzeitig auf sie hingewiesen werden. Das schließt eine nüchterne Kritik der Symptome der Besserung keineswegs aus.

Der Monat April hat eine sichtliche Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkte gebracht. Die Feststellung dieser Wendung mag vielleicht auf den ersten Blick überaus einfach, aber das ist kein Grund, die Wendung einfach zu ignorieren. Die Aenderung ist so wichtig für die Arbeitererschaft, daß sie nicht ernsthaft genug erörtert werden kann. Um die Bedeutung der im April auf dem Arbeitsmarkte eingetretenen Wendung zu ermessen, ist ein Rückblick auf den Arbeitsmarkt von dem Zeitpunkt ab, zu dem der gewerbliche Rückgang sich auf ihm äußerte, angezeigt. Zum ersten Male ging im Juni 1907 der Andrang über das Niveau des Vorjahres hinaus. Und zwar stellte sich der Mehrandrang auf je 100 offene Stellen nach der Statistik des „Arbeitsmarktes“ bis Dezember 1907, wie folgt:

Juni	Juli	August	Septbr.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.
1,48	9,81	8,60	9,72	14,14	24,60	43,69

Während des Jahres 1908 schwankte der Mehrandrang zwischen 35,87 im Juni und 63,74 im Dezember. Nun kommt das Jahr 1909. Hier brachten die bisher verflorenen Monate folgenden Mehrandrang:

Januar	Februar	März	April
36,36	45,50	27,39	7,1

Bis Februar einschließlich war der Mehrandrang noch äußerst stark. Im März setzte dann eine deutliche Abnahme ein, der Mehrandrang war wenigstens wieder niedriger als je in einem Monat seit Dezember 1907. Doch war diese Verminderung noch lange nicht so in die Augen fallend wie die des Monats April, in welchem der Mehrandrang gegenüber dem Vorjahre bei 7,1 Arbeitsuchende pro 100 offene Stellen zurückgegangen ist. Dieses scharfe Nachlassen des Ueberangebots ist umso bemerkenswerter, als im April ein gut Teil des alljährlichen Neuangebots auf den Arbeitsmarkt zu strömen pflegt. Auch im laufenden Jahre war dies der Fall. Die Menge der Arbeitsuchenden hat daher auch im April 1909 kräftig zugenommen.

Daß trotzdem eine so sichtliche Erleichterung auf dem Arbeitsmarkte eingetreten ist, ist auf eine allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades zurückzuführen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ungewöhnlich im Vergleich zum Vorjahre gestiegen, die Einstellungen sind in einem Grade erfolgt, daß trotz der Zunahme des Angebots die starke Abnahme des Mehrandranges erfolgen konnte. Neben der Landwirtschaft, die Scharen freier Arbeitskräfte absorbierte, war es vor allem die ausgedehnte Wiederaufnahme der Bautätigkeit, die einem Heer Arbeitsloser und Arbeitsuchender wieder Arbeitsgelegenheit bot. Weiter hat sich die Beschäftigtenziffer schon recht nennenswert im Textil- und Bekleidungsgebiete, im Holzgewerbe usw. gesteigert. Gegenüber diesen Steigerungen kann die Fortdauer oder gar noch Verschärfung der ungünstigen Lage im Kohlenbergbau sowie im Eisen- und Metallgewerbe und in der Maschinenindustrie nicht so sehr ins Gewicht fallen, um die Gesamtbesserung abzuschwächen zu können. Im Kohlenbergbau nimmt allerdings die Arbeitsgelegenheit noch immer ab, während im Eisengewerbe und den weiterverarbeitenden Industriezweigen die Lage wenigstens noch ziemlich ungeklärt ist.

Wenn wir von einer sichtlichen Erholung auf dem Arbeitsmarkte reden, so ist damit schon gesagt, daß die gegenwärtige Lage noch keineswegs irgendwie befriedigend könnte. Sie ist vielmehr absolut betrachtet noch immer recht ungunstig. Aber es ist ein Unterschied, ob die Ungunst in der Zu- oder in der Abnahme begriffen ist, oder ob ihr Grad stabil bleibt. Die Ungunst geht zurück und trotzdem wird das Jahr 1909 noch unter dem Druck eines sehr erheblichen Ueberangebots stehen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß das ganze Jahr 1908 hindurch die Beschäftigtenziffer einen Stand zeigte, der fast das gesamte Neuangebot auf dem Arbeitsmarkte in die Kategorie der Arbeitslosen verwies. Wenn also 1909 die Beschäftigtenziffer auch wieder kräftig zunimmt, so wird es doch noch recht lange dauern, bis das Neuangebot aus den Jahren 1908 und 1909 von der Nachfrage aufgenommen sein wird. Trotz der Erholung werden Rückschläge nicht ausbleiben. Die Signatur der Marktfrage kann also durch die Formel ausgedrückt werden: steigende Nachfrage bei starkem Ueberangebot.

Am den Börsen, vornehmlich an der Berliner Börse, werden die Gründe der Besserung im Wirtschaftsleben in den neuerlichen starken Anregungen aus Amerika gesucht. Diese Annahme ist durchaus oberflächlich. Es fällt allerdings auf, daß das Wiederaufblühen von Handel und Wandel in den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland auf den ersten Blick zeitlich zusammenfällt. Es fehlt auch nicht an gemeinsamen Ursachen der Erholung, die namentlich auf dem Gebiete des internationalen Geldmarktes zu finden sind. Bei uns in Deutschland gehen die ersten Anzeichen einer Erholung bis in den September 1908 zurück, während sie für die Vereinigten Staaten, soweit dies auf Grund des bisher bekannten Materials zu beurteilen ist, erst viel später zu beobachten waren. Ja, bis vor kurzem waren die Stimmungsberichte aus den Vereinigten Staaten noch schwarz in schwarz gehalten, während sie jetzt nicht hell und licht genug ausgeputzt werden können. Da aber gerade die amerikanischen Stimmungsberichte in besonders hohem Maße die Meinung der die Börse beherrschenden Kreise widerpiegeln, so sind sie nicht im geringsten geeignet, die tatsächliche Entwicklung der Konjunktur wiederzugeben. Nur soviel kann unter Berücksichtigung einiger statistischen Materials behauptet werden, daß auch in den Vereinigten Staaten eine Wiederbelebung auf wirtschaftlichem Gebiete eingetreten ist. Als feststehend kann die Zunahme der Bautätigkeit in den Städten, die Ausdehnung der sehr stark zurückgegangenen Rohseisengewinnung, die Hebung des gesamten Güterverkehrs und die Steigerung der Umsätze im Handel bezeichnet werden. Soweit schon für die Monate des laufenden Jahres Nachrichten über den Arbeitsmarkt vorliegen, geht aus ihnen eine allmähliche Verringerung des Ueberangebotes hervor. Doch ist bei der unentwickelten

Arbeitsmarkt-Berichterstattung über den Grad dieser Verringerung noch nichts zu sagen.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien, so fehlt es zwar auch hier nicht an deutlichen Symptomen der Erholung, aber bei der großen Abhängigkeit Großbritanniens vom Weltmarkt setzt sich die Besserung weit langsamer und schwächer durch als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Auf dem Weltmarkte herrscht noch immer bei scharfem Wettbewerb eine mäßige Nachfrage. Die Ausfuhr Großbritanniens bleibt nach wie vor stark gedrückt. Die Belebung des Inlandsmarktes reicht aber nicht aus, um das britische Geschäftsleben entsprechend zu beeinflussen. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die Zeiten der schweren Stagnation auch in Großbritannien vorüber sind. Auf dem Arbeitsmarkt äußert sich diese Wendung in einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, namentlich unter den gelernten Arbeitern.

Uebereinstimmend ergibt sich für die drei führenden Industrieländer eine Frühjahrsbelebung, die grabuell zwar sehr verschieden, doch stark genug ist, um behaupten zu können, daß die Konjunkturkurve sich wieder nach aufwärts bewegt, daß der auf dem Arbeitsmarkte bisher lastende Druck nachzulassen beginnt. Bleibt man freilich an Einzelheiten hängen und verallgemeinert jede ungünstige Nachricht, die der Alltag bringt, ohne alle Rücksicht, wie der einzelne Fall sich in das Gesamtbild einzureihen hat, so wird man nie zu einer systematischen Diagnose der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen sowie des Arbeitsmarktes im besonderen gelangen, sondern genau nach dem Vorbild der Handelspresse den einzelnen Vorgang als typisch nehmen. Privatkapitalistisch ist diese Art der Berichterstattung durchaus berechtigt, aber volkswirtschaftlich hat sie die bedenklichsten Schattenseiten. Geradezu aber schädlich ist diese überkommene Berichterstattung vom Standpunkte einer gewissenhaften Arbeitsmarktpolitik.

Berlin, am 16. Mai 1909.

R i c h a r d C a l w e r .

## Korrespondenzen.

**Frankfurt a. M.** Die Mitgliederversammlung am 18. Mai 1909 war sehr gut besucht und wir konnten die Wahrnehmung machen, daß unsere Kolleginnen sich zum erstenmal in größerer Zahl an der Versammlung beteiligten. Möge dieser Eifer anhalten, um den übrigen Kolleginnen, aber auch den Kollegen ein nachahmenswertes Beispiel zu geben. Der Vorsitzende begrüßte die neuangeworbenen Mitglieder und machte dieselben kurz auf ihre Rechte und Pflichten als Verbandsmitglieder aufmerksam. Sodann gibt der Vorsitzende bekannt: Daß, nachdem nunmehr der Verbandsvorstand und die Kollegschaft eingesehen, daß es nicht möglich sei, das Bureau im Zentrum der Stadt zu errichten, dasselbe nunmehr bis zum 1. Juli in nächster Nähe des Zentrums der Stadt errichtet werden soll. Die Sammelstellen für einen erkrankten Kollegen haben den Betrag von 35,20 Mark ergeben. Der Vorsitzende war bei der Firma Kornhand u. Co. vorstellig wegen Abschaffung einer Geschäftsordnung und Einführung der tariflichen Arbeitszeit; beides wurde zur Zufriedenheit unserer dort beschäftigten Kolleginnen erledigt. Gleichzeitlich versprach die Firma, ihr Arbeitspersonal von uns zu beziehen. Es wurde bekannt gegeben, daß sich die Hausagitationskommission zwar habe wählen lassen, aber außer dem Vorsitzenden und einer Kollegin niemand zur Arbeit erschienen sei. Eine demnächst einzuberufende Vertrauensmännerziehung soll sich mit der Hausagitation erneut befassen. Es wurde sodann der Antrag 60 der Zahlstelle Berlin verlesen und der zu diesem Antrag gefasste Beschluß, wogu die Versammlung einstimmig die Genehmigung erteilte. Die Ortsverwaltung hatte auf Beschluß der Versammlung im März der Prinzipalsvereinigung zwei Anträge unterbreitet und zwar 1. Trennung unseres Schiedsgerichts und 2. Trennung unseres Arbeitsnachweises von dem des Buchdruckerverbandes. Hierauf ist folgende Antwort eingegangen: Die Prinzipale lehnen es ab, das Schiedsgericht von dem des Buchdruckerverbandes zu trennen; der Arbeitsnachweis soll zwar getrennt werden, aber nur unter Angliederung an den städtischen Arbeitsnachweis. Da diese Angelegenheit die permanente Kommission zu beschäftigen hat, wird später darüber beraten. Für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder werden die Kolleginnen Frau Lange und Lipp gewählt. Nachdem noch auf den zur Zeit hier bestehenden Bierboykott, die Gewerbergerichtsbereitwahlen und das Gewerkschaftsfest hingewiesen war, wurde die Versammlung geschlossen. A. K.

**Stuttgart.** Versammlung vom 24. Mai 1909. Die Tagesordnung enthielt als wichtigsten Punkt:

Bericht von der 1. Sitzung der permanenten Kommission. Dieser Bericht wurde von den Anwesenden mit Spannung erwartet. Unser Vertreter Kollege Werner ging in seinen Ausführungen einleitend auf die bestehenden Tarifgemeinschaften ein; insbesondere auf die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, da dieselbe die bestausgebaute sei. Es genügt nicht, daß man einen Vertrag abschließt, sondern es müssen auch Instanzen da sein, welche in eutl. Streitfällen das Vertrauen genießen, daß beide Seiten sich unterordnen. Redner streift nun die bestehenden Tariforgane der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Es sind dies der Tarifschutz, das Tarifamt, die Kreisämter, die Ehrengerichte und die Schiedsgerichte. — Ein Vergleich mit unseren tariflichen Einrichtungen zeigt uns, daß bei uns noch nicht einmal das Notwendigste vorhanden ist, um die Einhaltung und Durchführung der allgemeinen Bestimmungen zu garantieren. — Es war daher zu begrüßen, daß die am 16. 11. 08 in Berlin stattgefundene gemeinsame Sitzung von Vertretern des Deutschen Buchdruckervereins sowie unseres Verbandes die Einsetzung einer permanenten Kommission beschloß, welche als oberste Instanz über unseren Tarif sowie dessen richtige Durchführung an allen Orten wachen sollte. — Nach langem Warten war der Zusammentritt dieser Kommission auf den 18. Mai prinzipalseitig festgesetzt. Aller Augen waren auf das Ergebnis dieser Sitzung gerichtet. Aus dieser Sitzung sollte nichts werden; sie wurde vertagt mit Gründen, welche zu fabelhaft sind, um nicht die Absicht durchsetzen zu können. Der Referent schilderte nun den Verlauf der Sitzung. Wenn einige Prinzipalvertreter wiederholt durchblicken ließen, wir seien nicht geeignet, den Tarifgebankten hochzuhalten — so können wir sehr leicht auch mit der Rehrseite der Medaille dienen — auf Grund unserer Erfahrungen! Soll die permanente Kommission wirklich die maßgebende Oberinstanz sein, so haben die Prinzipale durch die Vertagung derselben den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Das Vertrauen zu dieser Instanz muß durch solche Vorkommnisse von vornherein erschüttert werden. Sämtliche Diskussionsredner wenden sich in scharfer Weise gegen den Ausgang dieser Sitzung. Als zusammenfassendes Ergebnis der Meinung der Versammelten wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 24. Mai 1909 im Gewerkschaftshaus Stuttgart tagende Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von der am 18. Mai 1909 in Leipzig verhandelten 1. Sitzung der permanenten Kommission. Die Versammelten stimmen der Erklärung, welche ihre Vertreter den Prinzipalen gegeben haben, vollinhaltlich zu. Auch sind die Versammelten der Meinung, daß die Vertagung mit den prinzipalseitig gegebenen Gründen imstande sind, das Vertrauen zu dieser Kommission zu erschüttern. Außer den nutzlos ausgegebenen Kosten bedeutet es auch beiderseits ein nutzloses Opfer an Zeit. — Wir haben die Absicht, mit unseren Prinzipalen in einer ehrlichen Tarifgemeinschaft zu leben und hoffen wir im Interesse des gewerblichen Friedens, daß die zukünftigen Sitzungen dieser Kommission in fruchtbringender Weise verlaufen werden.“

### Rundschau.

Die Sektion VIII (Berlin) der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft hielt am 12. Mai eine schwachbesetzte Sektionsversammlung ab, über die in Nr. 41 der „Zeitschrift“ berichtet wird. Aus den erstatteten Berichten dürften folgende Angaben von Interesse sein: Die Zahl der Betriebe der Arbeiter und der gezahlten Löhne hat sich trotz der ungünstigen Geschäftslage vermehrt. Innerhalb des Jahres 1908 stieg die Zahl der Betriebe von 710 auf 770, von welchen 20 wieder ausgeschieden sind. Von den 770 Betrieben waren 615 im Stadtkreis Berlin, 27 in Charlottenburg, 11 in Rigsdorf, 21 in Schöneberg, 7 in Wilmersdorf und 6 in Nichtenberg. Die Zahl der Vollarbeiter betrug in der ganzen Sektion 26 853, davon im Stadtkreis Berlin 24 582 gegen 23 507 im Jahre 1907, was ein Mehr von 4,57 pCt. darstellt. An Löhnen wurden gezahlt, in der Sektion 37 676 171 Mk., in Berlin allein 34 898 796 Mk. gegen 33 196 450 Mk. in 1907. Der Jahresdurchschnitt betrug in der Sektion 1403,05 Mk., in Berlin 1419,68 Mk. gegen 1412,19 Mark im Vorjahre.

An Unfällen wurden 715 gemeldet. Von diesen ereigneten sich an Schnellpressen 112, Rotationsmaschinen und Liefgedruckpressen je 60, an Schneidmaschinen 24, an Sekundärmaschinen 7, an anderen Maschinen 126, jedoch durch den Maschinenbetrieb 389 Personen zuzuschaden kamen, während durch andere Ursachen 384 Unfälle herbeigeführt wurden. Im

Jahre 1907 waren 49,37 pCt. Maschinenunfälle, im Jahre 1908 stiegen diese auf 50,19 pCt. In dem Bericht wird weiter gesagt, daß erfreulicherweise die Unfälle an Liefgedruckpressen nicht nur der Zahl nach abgenommen haben, sondern sie sind auch von weniger schweren Folgen begleitet gewesen. 48 derselben wurden durch Nachgreifen nach schief angelegten Exemplaren über die Schutzvorrichtung hinweg oder von der Seite her verursacht. „Eine Verminderung der Unfälle kann nur durch eine schärfere Beaufsichtigung und immer wiederholte Verwarnung der an diesen Maschinen beschäftigten Arbeiter herbeigeführt werden.“ Wenn sich die schärfere Beaufsichtigung durch Aufsichtsbeamte auf die Betriebe und die Instandhaltung der Schutzvorrichtungen bezieht, stimmen wir dem Bericht gern zu. Denn was die „Beaufsichtigung“ des Personals anbelangt, so glauben wir, daß sich die Unternehmer darin gerade genug leisten. Natürlich mit dem Erfolg, daß diese „Beaufsichtigung“ meistens in Antreiberei ausartet, wodurch nicht wenige Unfälle verursacht werden. Ganz richtig sagt der Bericht, daß diese Unfälle umso mehr zu bebauern sind, als es sich dabei in der Regel um jugendliche Personen handelt, die ihr ganzes Leben lang an den Unfallfolgen zu leiden haben, selbst wenn ihre Erwerbsfähigkeit dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Durch die üble Gewohnheit, während des Ganges der Maschine Spieße niederzudrücken, wurden wieder 8 Unfälle herbeigeführt. Beim Papiereinführen an den Rotationsmaschinen ereigneten sich 18 Unfälle. Vielfach wurde die von der Berufsgenossenschaft angeordnete Schutzstange nicht angebracht, weil man darin eine zu starke Behinderung beim Einlegen der Platten erblickte und die Hilfsarbeiter in dieser Stange eine neue Gefahrenquelle erblickten. Deshalb hat der Genossenschaftsvorstand die großen Berliner Zeitungsdruckereien durch einen Aufsichtsbeamten besichtigen lassen, der feststellte, daß weder von einer Gefahr die Rede sein könne, noch die Behinderung beim Platteneinlegen so erheblich wäre, daß sie nicht durch Gewohnheit ausgeglichen werden könnte. — Sehr bezeichnend für die Fürsorge, welche die Unternehmer den Arbeitern angedeihen lassen, ist die Bemerkung, daß zur Zeit der Unfälle nicht immer die angeordneten Schutzvorrichtungen an ihrem Platze waren oder sie befanden sich in so mangelhaftem Zustande, daß der Genossenschaftsvorstand sich genötigt sah, Ordnungsstrafen festzusetzen bezugl. die Betriebsunternehmer für den erwachsenen Schaden haftbar zu machen. Ueber die Entschädigungen werden zahlenmäßige Angaben gemacht, die wir aber hier nicht bringen können, da sie anscheinend durch einen Druckfehler entstellte sind.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Samstag, den 22. Mai, in Stuttgart in der Firma Württembergischer Zeitung. Unser Kollege R. geriet mit beiden Händen in die Rotationsmaschine, sodas er schwere Verletzungen davon trug. Der Unglücksfall ist auf ein Versehen eines neu eingestellten und noch ungeübten Hilfsarbeiters zurückzuführen. Der Verunglückte wollte die Platten herausnehmen, anstatt zurückzudrehen wie befohlen, wurde vorwärts gedrückt und dadurch der Unglücksfall verursacht. — Wir können aber auch die Firma nicht von der Schuld freisprechen. Trozdem seither genügend geübte Hilfsarbeiter am Arbeitsnachweis zu haben waren und auch der Firma zugesandt wurden, stellte man aber doch mit Vorliebe allerlei irgendwoher empfohlene Gevatter Schneider und Schuster ein — ganz gleich, ob dieselben je im Leben eine Buchdruckerei von innen gesehen haben oder nicht. — Es ist dies eine sonderbare Auffassung von der Arbeit eines Hilfsarbeiters an der Rotationsmaschine. Bedauerlich ist es, daß durch solche Unkenntnis der Geschäftsleitung ein junger Mensch erst um seine gesunden Glieder kommen

mußte. Der Firma mag dieser Unglücksfall eine Lehre sein. Hoffentlich wird sie in Zukunft an solche Kosten nur geübte Leute einstellen.

### Versammlungskalender.

**Erfurt.** Generalversammlung am Montag, den 7. Juni, abends 8½ Uhr, im Livoli, Tagesordnung: Vortrag, Festsetzung eines Sozialtags, Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ist dringend erwünscht.

**Frankfurt a. M.** Öffentliche Protest-Versammlung am Mittwoch, den 9. Juni 1909, abends 7 Uhr, im Viktoria-Saal, Gr. Gallusstr. 12. Tagesordnung: Das Scheitern der ersten Sitzung der Permanenten Kommission in Leipzig. Der Vertagungsantrag seitens der Prinzipal-Kommission und seine Gründe.

**Hannover.** Protestversammlung am 9. Juni, abds. 8½ Uhr, im Ballhof, Burgstr. 9. Tagesordnung: 1. Die Nichtbeachtung der Permanenten Kommission durch die Prinzipale. 2. Agitation. 3. Verschiedenes.

**Magdeburg.** Mitgliederversammlung am Sonntag, den 6. Juni, nachm. 4½ Uhr, im Saale der „Neuen Welt“, Faßlochsberg Nr. 9. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Stellungnahme zu dem Vorgehen der Prinzipale in der ersten Sitzung der Permanenten Kommission. 3. Verschiedenes. — Da der zweite Punkt der Tagesordnung für die Weiterentwicklung unseres Tarifverhältnisses von großer Bedeutung ist, wird das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet.

### Anzeigen

**Frl. Anna Pleß**  
zu ihrer Vermählung mit Herrn  
**Max Wekfort**  
unser herzlichsten Glückwünsche und unserer lieben Kollegin  
**Frl. Christine Kirmeier**  
zu ihrer Abreise von hier ein herzliches Lebewohl!  
**Die Zahlstelle Regensburg.**

Unserem werten Kollegen  
**Friedrich Krauß**  
und seiner Braut Fräulein  
**Luise Weber**  
wünscht zu ihrem Hochzeitstag viel Glück!  
**Die Zahlstelle Heilbronn.**

Unserem werten Kollegen  
**Louise Bolz**  
und ihrem Bräutigam, sowie unserem werten Kollegen  
**Georg Meißerichmidt**  
und seiner Braut zu ihrem Hochzeitstage die herzlichsten Glückwünsche!  
**Die Zahlstelle Heilbronn.**

### Ballstelle Berlin.

Am Sonntag, den 6. Juni 1909, vormittags 11 Uhr  
**Anßerordentliche Mitglieder-Versammlung**

in den „Industrie-Festkälern“, Benthstraße 20.

Tagesordnung:

1. Die Ursachen der Vertagung der Leipziger Verhandlungen (18. 5. 09).
2. Mitteilungen.
3. Die Erhöhung der Beiträge für die Gewerkschaftskommission.
4. Kassenberichte.
5. Verschiedenes.

Die außerordentliche Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

**Der Vorstand.** J. A.: Moritz.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 23.

Berlin, den 5. Juni 1909.

15. Jahrgang.

## Die deutschen Gewerkschafts-Kartelle im Jahre 1908.

I.

Von allen Einrichtungen, welche sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen geschaffen hat, können unzweifelhaft die Gewerkschaftskartelle als eine der wichtigsten bezeichnet werden. Sie bilden in dem organischen Aufbau der Gewerkschaften ein ebenso notwendiges wie nützlich begrenztes. Ist die Tätigkeit der Kartelle auch örtlich begrenzt, so sind ihnen doch Aufgaben gestellt, deren Erfüllung wesentlich zur äußeren Ausdehnung und inneren Festigung der Gewerkschaftsbewegung beitragen muß.

Es ist deshalb erfreulich, wenn eine weitere, erhebliche Vermehrung der Kartelle seit dem letzten Berichtsjahre eingetreten ist. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 587, am Ende des Jahres 1908 dagegen 623 Kartelle, das ist eine Vermehrung um 36. Die Zahl der neugegründeten Gewerkschaftskartelle ist allerdings noch eine höhere. Diese kommt jedoch bei dem Endergebnis nicht zur vollen Geltung, weil von dem Kartellbestande des Jahres 1907 leider 15 getrichen werden mußten.

Es ist deshalb erfreulich, wenn eine weitere, erhebliche Vermehrung der Kartelle seit dem letzten Berichtsjahre eingetreten ist. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 587, am Ende des Jahres 1908 dagegen 623 Kartelle, das ist eine Vermehrung um 36. Die Zahl der neugegründeten Gewerkschaftskartelle ist allerdings noch eine höhere. Diese kommt jedoch bei dem Endergebnis nicht zur vollen Geltung, weil von dem Kartellbestande des Jahres 1907 leider 15 getrichen werden mußten.

Von den 623 Kartellen beteiligten sich 606 (97,27 pCt.) an der Berichterstattung. Die Zahl der berichtenden Kartelle im Jahre 1907 betrug 558 (95,06 pCt.). Von allen früheren Berichtsjahren weist das Jahr 1908 die höchste prozentuale Beteiligungsziffer auf.

Den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen sind angeschlossen 8437 Gewerkschaften mit 1 560 896 Mitgliedern. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossen Zentralverbänden 8400, die zusammen 1 555 101 Mitglieder zählen. Im Jahre 1907 wurden 7720 Zweigvereine mit zusammen 1 590 063 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Es ist demnach gegenüber dem Jahre 1907 eine Erhöhung der Zahl der angeschlossenen Zweigvereine um 680 eingetreten, dagegen hat sich der Mitgliederstand der angeschlossenen Zweigvereine um 34 962 verringert. Die höhere Zahl der Zweigvereine findet ihre genügende Erklärung darin, daß an der diesjährigen Statistik 48 Kartelle mehr beteiligt sind, darunter eine Anzahl größerer, die in der Statistik des Jahres 1907 fehlten. Die trotz der erhöhten Beteiligungsziffer an der Statistik stattgefundene Verminderung der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder der Zentralverbände kann nur auf einen bei diesen eingetretenen Mitgliederverlust zurückgeführt werden. Die anhaltende wirtschaftliche Krise, die mit voller Schwere auf der Arbeiterklasse lastet, diese zu einem hohen Maß unverschuldeter Arbeitslosigkeit verdammt und damit für das werktätige Volk zu einer Quelle vermehrter Not und Entbehrung wird, kann schließlich nicht ohne schädigenden Einfluß auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften bleiben. Bei alledem muß jedoch anerkannt werden, daß die Gewerkschaften sich der gegenwärtigen Krise gegenüber bedeutend widerstandsfähiger erweisen, als es bei früheren gleichen Perioden der Fall war. Diese größere Widerstandsfähigkeit ist nicht allein dem Ausbau des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften zuzuschreiben, sondern muß in noch weit höherem Grade auf das Konto der Vertiefung und Festigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen bei den Arbeitern gesetzt werden.

Die Entwicklung der Kartelle seit dem Jahre 1906, nach ihrer Zahl und den ihnen angeschlossenen Organisationen und Mitgliedern, wird durch die nachstehende tabellarische Zusammenstellung veranschaulicht:

Jahr	Berichtet ist von		Zahl der			Lokalvereine sind		
	Kartellen	Projekt aller Kartelle	angeschlossenen Gewerkschaften	Mitglieder	nicht angeschlossenen Gewerkschaften	insgesamt	mit Mitgliedern	
1901	819	90,00	3995	481718	328	28	58	10572
1902	865	93,00	4742	614722	339	36	84	12598
1903	887	93,50	5207	758723	312	30	60	9241
1904	405	93,50	5559	924026	348	25	44	9824
1905	465	96,90	6495	1180940	363	18	41	16870
1906	526	95,10	7390	1500206	400	13	35	4245
1907	558	95,06	7777	1596409	396	12	12	1337
1908	606	97,27	8438	1560896	394	—	—	—

Außer den Zweigvereinen der Zentralverbände gehörten im Jahre 1908 den 606 Kartellen noch 37 Organisationen mit zusammen 5795 Mitgliedern an, die der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angeschlossen waren. Darunter sind noch mitgezählt: 8 Vereine der Dienstboten und Hausangestellten mit 4442 Mitgliedern und 4 Zweigvereine des Verbandes der Hofierer mit 240 Mitgliedern. Diese Organisationen haben sich nunmehr der Generalkommission angeschlossen. Die Vereine der Dienstboten und Hausangestellten sind seit dem 1. April d. J. zu einem Zentralverband vereinigt.

Die noch bis zum Jahre 1907 den Kartellen angeschlossen gewesenen Lokalorganisationen sind aus der vorliegenden Statistik vollständig verschwunden. Soweit nicht nach den Beschlüssen der Parteitage von Mannheim und Nürnberg der Uebertritt dieser Organisationen zu den zuständigen Zentralverbänden geschlossen erfolgt, sind die verbliebenen Reste teils freiwillig aus den Kartellen ausgetreten, teils von diesen ausgeschlossen worden. Die Remscheider lokalorganisierten Feilenarbeiter sind zu den zuständigen Zentralverbänden der Metall- und Holzarbeiter übergetreten. Anlässlich der mit dem Metallarbeiterverbande stattgefundenen Differenzen ist auch der Solinger Lokalverband der Stahlwarenarbeiter aus dem dortigen Kartell ausgeschieden.

Die Kartelle, denen bis 15 Organisationen angeschlossen sind, haben sich von 382 auf 419 vermehrt. Eine weitere Vermehrung der Kartelle von 59 auf 71 ist dann noch eingetreten bei der Gruppe, welcher 21—30 Organisationen angehören. Berechnet nach der Zahl der angeschlossenen Mitglieder, ist die erheblichste Vermehrung bei den Kartellen eingetreten, die bis 1000 Mitglieder zählen. Ihre Zahl erhöhte sich von 330 auf 384. Aus der Gegenüberstellung dieser Zahlen geht hervor, daß der größte Anteil der Vermehrung der Kartelle auf die kleineren entfällt. Bei dem noch vorhandenen Rekrutierungsgebiet der Kartelle kann es sich in der Hauptsache auch nur um kleinere Orte handeln, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit erst erschlossen werden müssen. Die übrigen seit dem Jahre 1907 eingetretenen Veränderungen in der Zahl der Kartelle nach deren Größenverhältnissen sind nicht von Belang.

Von den Kartellen, die 1907 über 25 000 Mitglieder hatten, sind zwei durch Mitgliederverluste aus dieser Klasse ausgeschieden. Es sind dieses die Kartelle Bremen mit einem Verlust von 2219 und Breslau mit einem Verlust von 3290 Mitgliedern. Von den Kartellen, denen gegenwärtig noch über 25 000 Mitglieder angeschlossen sind, haben noch Mitgliederverluste gegenüber dem Jahre 1907: Berlin 11 263, Frankfurt a. M. 4336, Hamburg 2559, Leipzig 748 und Stuttgart 692. Bei allen 7 Orten zusammen ein Verlust von 25 107 Mitgliedern.

### Korrespondenzen.

Berlin. Am 28. April fand die vierte Mitgliederversammlung der Erbsenwalnig Berlin statt. Nach der Protokollverlesung teilte der Vorsitzende mit, daß für die Sommermonate eine Verkürzung

der Bureaustunden an den Zahlabenden beschlossen ist. Die Zahlabende finden vom 16. Mai bis 15. Oktober jeden Montag und Sonnabend bis 7 Uhr abends statt. Zwei Unterstützungsgesuche wurden dem Vorstande eingesandt und mit 20 resp. 30 Mk. berücksichtigt. Einem Gesuch um Anerkennung der Maßregelung konnte nicht stattgegeben werden. Ein Eingreifen des Vorstandes war bei der Firma Paß u. Garleb notwendig; leider war ein Erfolg nicht zu verzeichnen, weil das Personal selbst sich nicht klar darüber war, welche Befehle der 10mer- und 11er-Maschinen notwendig ist. Bei der Firma Selmar Bayer kündigten drei Schleifer, ohne der Firma den Grund ihrer Kündigung anzugeben; in der darauf folgenden Besprechung gaben die Kollegen als Grund Ueberlastung an. Die Firma stellte inzwischen einen Schleifer mehr an. Der Versuch, die Kündigung rückgängig zu machen, weil der Hauptgrund dafür beseitigt war, scheiterte an der Weigerung der dortigen Geschäftsleitung. Ein Streitfall zwischen der Firma Illstein u. Co. und dem Notations- und Falzerpersonal der Firma wurde seitens des Vorsitzenden bekannt gegeben. Die Ursachen dieses Streites sind von der Herausgabe einer Montagsausgabe der Morgenpost herzuweisen. Zudem die Nacharbeiter zur Herstellung dieser Ausgabe in der Sonntagnacht herangezogen werden, wird ihnen damit die einzige freie Nacht in der Woche genommen und äußerte das Personal deshalb den Wunsch, daß an Stelle dieser Sonntagnacht eine freie Nacht in der Woche und zwar alle 14 Tage gewährt wird. Das Personal verlangte dann die vertraglich festgesetzte Bezahlung dieser Nacht, wogegen die Firma eine Mark weniger zahlen wollte. Der weitere Verlauf dieses Streitfalls konnte noch nicht bekannt gegeben werden, da sich noch einmal das Tarifamt mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Hieran wird den arbeitslosen Mitgliedern von der Versammlung zur Maifeier ein Bezahlungs von 2 Mk. bewilligt. Der Kollege Fuß gibt dann einen Bericht über zwei Sitzungen der Delegierten zur Gewerkschaftskommission, welche die Versammlung zur Kenntnis nimmt. Eine Beschwerde über Mißstände bei der Firma Schölem, Neue Hofstraße, wird von einer Kollegin eingebracht, welche dort nicht beschäftigt ist, sondern von anderen Mitgliedern dazu beauftragt wurde. Einzelne Angaben werden von einem dort beschäftigten Kollegen anders dargestellt. Der Vorstand übernimmt es, dort die Verhältnisse zu prüfen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, daß leider wieder einige Ausschüsse vom Vorstand vorgenommen werden mußten. Der Kollege Scharf hat wiederholt feste Stellungen, die ihm durch den Nachweis vermittelt wurden, verbummelt. Durch sein auffälliges Betragen in den Arbeitsräumen hat sich Scharf bei den Kollegen wie bei den einzelnen Abteilungsleitern unbeliebt gemacht. Nachdem noch die Kollegen Meich und Schulz für, die Kollegen Fuß und Aust gegen gesprochen hatten, wird der Ausschluß angenommen. Der zweite Fall betrifft die Kollegen Gawron und Dahms; beide haben bei der Firma W. Hixenstein als Notationsarbeiter gearbeitet und durch häufiges Fehlen und Betrinken während der Arbeit der Geschäftsleitung Unlaß gegeben, die beiden Kollegen plötzlich zu entfernen. Da dieselben auf viele Art häufiger ihre Stellungen verloren haben, empfiehlt der Vorstand der Versammlung den Ausschluß derselben. Nachdem noch mehrere Kollegen das Verhalten der beiden Kollegen verurteilt hatten, wird der Ausschluß seitens der Versammlung verfügt. Dem Kollegen Thiel, welcher durch fortwährende Zwischenrufe die Versammlung stört, wird auf Versammlungsbeschluss das Lokal verwiesen. Eine Beschwerde des Kollegen Mohr wird dadurch erledigt, daß die Versammlung den Beschluß des Vorstandes genehmigt, worauf die Versammlung geschlossen wurde. E. M.

Danzig. Versammlung am 18. Mai 1909. Nachdem das Protokoll der Versammlung vom 4. Mai verlesen und genehmigt wurde, unterbreitete der Vorsitzende der Versammlung den Beschluß des Verbandsvorstandes, betreffend die Beitragsregelung invalider Mitglieder, der dann von den Mitgliedern einstimmig genehmigt wurde. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß die Zahlstelle am 11. Juni 2 Jahre besteht und machte der

Verammlung den Vorschlag, das Stiftungsfest in Form eines Ausfluges zu begehen. Nach kurzer Diskussion, in der auch die anwesenden Herren Nagroski und Müller den Versammelten klarlegten, daß gerade durch solche gemeinsamen Ausflüge das Solidaritäts- und Einigkeitsgefühl gehoben wird, wurde beschlossen, am 20. Juni einen Ausflug per Dampfer nach Plehnendorf zu machen, dort Kaffee zu trinken und dann nach Heubude zu gehen. Abfahrt morgens 8 Uhr von der Langen Brücke. Nachdem dann noch über die Agitationsverhältnisse in einzelnen Rudereien gesprochen wurde und sich 5 Kolleginnen zur Aufnahme meldeten, wurde die Versammlung geschlossen. B.

**Darmstadt.** Die Mitgliederversammlung am 11. Mai beschäftigte sich zuerst mit der Beitragsregelung für invalide Mitglieder. Nach kurzer Diskussion wurden die bezüglichen Anträge des Verbandsvorstandes angenommen. Sodann hielt Genosse Delp einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Frau in der Organisation und im politischen Leben“, in welchem er die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation für die proletarische Frau betonte. Der Kassierer erstattete hierauf den Bericht für das 1. Quartal 1909, aus dem ein erfreulicher Mitgliederzuwachs zu konstatieren ist. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Unter Verschiedenem wird angefordert, die streifenden Brauer der Groß-Brauer Union-Brauerei sowie der Weinger Altienbrauerei in ihrem gerechten Kampfe dadurch zu unterstützen, daß der Konsum dieser Biere eingestellt wird, bis die Forderungen der Streikenden bewilligt sind. Ferner wurde beschlossen, in Oberstadt ein Langfränschen abzuhalten, wozu noch spezielle Einladungen ergehen. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen, worauf die Geselligkeit mit einem Tanzchen gepflegt wurde. A.—r.

**Hannover.** Mitgliederversammlung vom 18. Mai. Nachdem das Protokoll verlesen und angenommen war, teilte Kollege Sparsfuß mit, daß in Leipzig eine Konferenz der Prinzipalvertreter mit Vertretern unseres Verbandes stattfindet und verlas dann die einzelnen Anträge zu dieser Konferenz. Sodann führte er aus, daß einige Beschwerden über Nichtbezahlung der Tariflöhne bei einigen Firmen eingelaufen seien. Durch mündliche und schriftliche Vorstellungen unsererseits ist erreicht, daß die Löhne jetzt tarifmäßig gezahlt werden. Sodann wird ein Antrag des Hauptvorstandes betreffend die Beitragsregelung invalider Mitglieder zur Abstimmung vorgelegt. Sämtliche Absätze wurden einzeln durchberaten, von den Kollegen Sparsfuß und Dampewolf I erklärt und auch angenommen, sodann wurde der ganze Antrag nochmals en bloc vorgelegt und auch dann einstimmig angenommen. Veränderungen wurden von der Versammlung nicht gewünscht. Kollege Dampewolf I forderte die wahlberechtigten Kollegen auf, zur Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht für Hannover auf dem Posten zu sein, da diesmal die Verhältniswahl angewandt wird, muß ein jeder Kollege, welcher in Hannover wohnt oder dort arbeitet, sich an dieser Wahl, welche am 24. Juni stattfindet, beteiligen. Kollege Sparsfuß macht die Versammlung auf den Streik der Brauereiarbeiter der Städtischen Lagerbierbrauerei aufmerksam und befragte die Einkünfte des Genusses des Städtischen Bieres, um den Arbeitern zum Siege zu verhelfen. Nachdem nochmals auf die Beschaffung eines Lokals zum Sommervergügen aufmerksam gemacht war, ebenfalls noch auf unseren gemeinsamen Spaziergang am Himmelfahrtstage, schloß Kollege Sparsfuß die Versammlung. G. W.

**Regensburg.** Was lange währt, wird gut. Dieses Sprichwort trifft auch auf die hiesigen Buchdruckerhilfsarbeiterinnen zu. Lange hat es gedauert, bis endlich auch unter unseren Kolleginnen die Notwendigkeit einer strengen Organisation anerkannt wurde. Zwar hat sich schon früher ein Teil unserer Kolleginnen dem christlichen graphischen Verbande angeschlossen, aber nur zu halb erkannten die Betreffenden, daß sie auf dem falschen Wege sind; wurde ihnen doch selbst von den Leitern des christlichen Verbandes nahegelegt, wieder auszutreten mit der Motivierung: „Wir führen für Euch doch nichts machen. Also, der Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen für das graphische Gewerbe“, der angeblich die Interessen aller Berufsangehörigen vertritt, hält sich nicht für fähig, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Buchdruckerhilfsarbeiterinnen einzutreten.

Diese Tatsache ist zwar nicht neu, aber die herzerfrischende Realität, mit der dieses Zugehörnis

gemacht wurde, verdient weiteren Kreisen bekannt zu werden. Die Kolleginnen ließen diese Aufforderung nicht zweimal an sich ergehen und zogen es daher vor, sich nach einer anderen Interessensvertretung umzusehen. Diese suchten und fanden sie auch in dem „Verbande der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen.“ Ganz allmählich kamen sie heran, nur die mutigsten wagten es, sich unserer Organisation anzuschließen, was ja nach dem ersten mißlungenen Organisationsversuch leicht zu verstehen ist. Aber bald legte sich das Mißtrauen, und als am 11. März unser Gauleiter Kollege Schmid in der Gründungsversammlung erschien, waren bereits 36 Kolleginnen der Organisation beigetreten. (8 Kolleginnen sind schon seit längerer Zeit im Buchbinderverband organisiert.) In dieser Versammlung wurde denn auch nach einem vorzüglichen Referat des Kollegen Schmid unter Anwesenheit von Vertretern des Buchdruckerverbandes, des Bezirks-Maschinenmeister-Klub Regensburg, des Buchbinderverbandes, sowie einem Vertreter des Gewerkschaftsrates die Gründung der Zählstelle vorgenommen. Der Ausschuß besteht nun mit einigen nachträglichen Veränderungen aus folgenden Personen: 1. Vorl. Kollege Wöhler, 2. Vorl. Kollegin Uebelhof, Schriftführer Kollege Kargl, Kassiererin Kollegin Schöpf, Beisitzer Kolleginnen Lehner und Moser. Revisoren: Kollegin Meindl und Schießl, Kartellbelegierte Kollege Falter und Kollegin Lehner. Der neue Ausschuß wird nun alles aufbieten müssen, um die noch fernstehenden der Organisation zuzuführen. Aber wie die Lage das Maulen nicht läßt, so können auch die hiesigen Drahtzieher des Christl. Verbändchens das Verleumben nicht lassen. Aufgestaßt durch die erfolgreiche Aufklärungsarbeit unserer tätigen Kolleginnen versucht man nun auf alle mögliche Weise die Einigkeit zu stören. Alle die alten Badenhüter von der angeblichen Religionslosigkeit der freien Gewerkschaften, von den sozialdemokratischen Tendenzen, die sie verfolgen sollten usw., werden aufgeführt, um die junge Organisation zu sprengen. Sogar anonyme Briefe läßt man durch dritte Personen an die Eltern jüngerer Kolleginnen schreiben, um sie auf diese Weise der Organisation zu entreißen. Diesen Herren ist kein Mittel zu schiefel, um ihr Ziel zu erreichen. Arbeitersplitterung ist eben ihr Daseinszweck. Unsere Mitglieder lassen sich aber durch solche plumpe Manöver nicht mehr beeinflussen; sie haben erkannt, daß sie von diesen Leuten nichts zu erwarten haben. Unseren Kolleginnen aber müssen wir zurufen: Laßt Euch nicht irre machen durch solche Quertreibereien, haltet fest und treu zur Organisation, sucht die Fernstehenden aufzuklären, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, in der wir eine gründliche Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vornehmen können. F. P.

## Rundschau.

**Die Arbeitsvermittlung in Stuttgart im Jahre 1908.** Der hiesige Arbeitsnachweis ist, wie in den interessierten Kreisen bekannt sein dürfte, laut örtlichen Vereinbarungen seit dem allgemeinen Tarifabschluß für das gesamte Buchdrucker-Hilfspersonal dem „Städtischen Arbeitsamt Stuttgart“ angeschlossen. Während anfänglich die Vermittlung des männlichen Personals gemeinsam mit allen anderen Fabrikhilfsarbeitern geschah, ist seit Mai 1908 eine zweckdienliche Abänderung hierin eingetreten, indem nunmehr die Vermittlung in einer besonderen Abteilung geschieht und das gesamte graphische Hilfspersonal umfasst und in den Händen eines branchenfundigen Angestellten ruht.

Der Tätigkeitsbericht über die Vermittlung der Abteilung für das männliche Hilfspersonal umfasst also nur die Zeit von Mai bis Dezember vorigen Jahres.

Angemeldet wurden offene Stellen für männliche Personen 155. Davon wurden durch den Nachweis vermittelt 130 (84 pCt.); zurückgezogen wurden wieder 22 angemeldete Stellen (14 pCt.); Stellen suchende meldeten sich 228 männliche Personen. Davon wurden in Stellung gebracht 131 (57 pCt.). Zurückgezogen haben ihr Gesicht wieder 14.

Da wie Eingangs schon erwähnt, die Abteilung für männliches graphisches Hilfspersonal erst dreiviertel Jahr selbstständig geführt wird, läßt sich für diese verhältnismäßig kurze Zeit noch nicht viel herüber anführen. Eine auffallende Erscheinung ist jedoch jetzt schon, daß im Vergleiche zu den angemeldeten offenen Stellen so außerordentlich viel Stellen wieder als besetzt abgemeldet wurden und zwar sind von 155 Stellenangeboten 22 (14 pCt.) wieder zurückgezogen worden! Die Ursache der

Zurückziehung dieser als offen gemeldeten Stellen kann nur die sein, daß diese Stellen durch von Firma zu Firma Umschau haltenden Leuten besetzt wurden. Infolgedessen natürlich also auch viel ungeschultes Personal eingestellt wurde und dadurch die branchenfundigen geübten Leute verdrängt und dem graphischen Beruf die geschulten Kräfte entzogen wurden, was sicherlich nicht im Interesse und zum Vorteil des Gewerbes gelegen ist. Sogar der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sollte es sein, diesem Uebelstand des losen Umschauens abzuhelfen.

Bezüglich der Ergebnisse der Vermittlung von weiblichem Hilfspersonal kann über den Zeitraum eines vollen Jahres berichtet werden. In dieser Abteilung deckten sich die Stellenangebote und Nachfragen nahezu, obgleich an Stellen suchenden immer ein gewisser Mangel zu verzeichnen ist. Offene Stellen wurden angemeldet 446. Stellen suchende meldeten sich 430. Von den angemeldeten Stellen wurden durch den Arbeitsnachweis besetzt 375 (84 pCt.), wieder zurückgezogen wurden 48 (11 pCt.). Von den Arbeit suchenden konnten 368 in Stellung gebracht werden (83 pCt.).

Auch hier fällt, wie bei der männlichen Abteilung, gleichfalls der hohe Prozentsatz der zurückgezogenen offenen Stellen auf, was auch wieder nur auf den Mißstand des Umschauens zurückzuführen ist.

Während bei der männlichen Abteilung nahezu immer geeignete Leute vorhanden waren, muß konstatiert werden, daß dies beim weiblichen Hilfspersonal nicht immer der Fall ist. Besonders an qualifiziertem Personal und da hauptsächlich wieder an tüchtigen Anlegern, ist fast das ganze Jahr hindurch ein gewisser Mangel an geeigneten Kräften zu konstatieren.

Dies wäre nun eine kurzgefaßte Uebersicht des hiesigen Arbeitsnachweises, die zu vergleichenden Betrachtungen gegen früher sich nicht verwerthen läßt, da wie angeführt, dieser Tätigkeitsbericht das erste Geschäftsjahr umfasst seit Einführung des Tarifs resp. einer eigenen Abteilung. D.

**Sind Gewerkschaften Versicherungsvereine** im Sinne des § 1 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsvereine. Diese für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder höchst wichtige Frage wurde vor kurzem von der Zivilkammer des Landgerichts II, Berlin verneint.

Einem Mitgliede des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer wurde das statutarisch ihm zustehende Krankengeld von der Betriebskrankenkasse um den Betrag von 15,00 Mark gekürzt, als durch den Bezug der Unterstützung vom Verbande, der durchschnittliche Tagesverdienst überstiegen wurde. Der zuständige Magistrat und das Amtsgericht bestätigten, sich auf einen Passus im Verbandsstatut stützend, die Berechtigung des Abzuges. Es heißt dort: „Erkrankten Mitgliedern kann auf ihren Antrag folgende Unterstützung gewährt werden usw.“ Auf die eingelegte Berufung hob das Landgericht die Vorentscheidung auf und verurteilte die Betriebskrankenkasse zur Nachzahlung der 15 Mark. Das Urteil wird u. a. begründet:

„Für die Entscheidung der Frage, „ob den Mitgliedern des Verbandes ein Rechtsanspruch auf Unterstützung zusteht, ist nicht sowohl die Formulierung einzelner Satzungsbestimmungen, als der Gesamthalt der betreffenden Satzungen, und wo dieser zu Zweifeln Raum läßt, der Gesamtkarakter des Unternehmens für die Entscheidung maßgebend. Nach § 1 der Satzung bezweckt der Verband, die Lage seiner Mitglieder in materieller sowohl wie in theoretischer und praktischer Beziehung zu heben und zu verbessern. Die zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Mittel sind in § 2 angegeben. Unter diesen zwölf Mitteln ist im § 9 angeführt, daß arbeitslosen und erkrankten Mitgliedern unter den dort angegebenen Bedingungen auf ihren Antrag eine Unterstützung gezahlt werden kann. Wie die Satzung mit Deutlichkeit ergibt, ist das Unternehmen des Zentralverbandes nicht etwa auf den Abschluß von Versicherungsgeschäften gerichtet, die Versicherung ist vielmehr nur nebenbei mit den sonstigen Zwecken des Verbandes verbunden. Wenn nun auch für den Fall der Arbeitslosigkeit oder Erkrankung die zu gewährende Unterstützung ihrer Höhe nach ziffernmäßig bestimmt ist, auch die Voraussetzungen, unter denen eine Unterstützung zu gewähren ist, statutarisch bis ins einzelne festgelegt sind, so ist doch andererseits durch die Satzungsbestimmung, daß die Unterstützung auf Antrag gezahlt werden könne, mit der erforderlichen Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Mitglieder ein Recht auf die Unterstützung nicht haben, letztere vielmehr freiwillig sein solle, und deren Gewährung oder Nichtgewährung im Einzelfalle von dem Ermessen der Vereinsorgane abhängt.“